

AGS: NACHRICHTEN

INFORMATIONSDIENST DER ARBEITSGEMEINSCHAFT SELBSTÄNDIGE IN NORDRHEIN-WESTFALEN

Herausgeber: Landesvorstand der AGSNRW

www.ags-in-nrw.de

Ausgabe **Februar 2011**

seite 1

Liebe Genossinnen und Genossen der AGSNRW, sehr geehrte Leserinnen und Leser!

Die AGS – mehr als nur die Interessensvertretung einer Berufsgruppe?

Um diese Frage direkt zu beantworten: Ja! Wir vertreten auftragsgemäß die Interessen Selbständiger innerhalb und außerhalb der SPD. Aber eben nicht nur das. Wir haben größere Ansprüche an unsere Arbeit.

Wenn es um aktuelle gesellschaftspolitische Themen geht, melden auch wir uns zu Wort. Wir werden aus unserer Mitgliedschaft, aus der Partei, aber auch „von außen“ schon mal gefragt: „Was geht das euch an, warum mischt Ihr euch da ein?“ Im Gegensatz zu den Wirtschaftsverbänden in anderen Parteien sind wir mehr als Lobbyisten, die nur Klientelpolitik betreiben. Viele unserer aktiven Mitglieder engagieren sich auch in der Kommunalpolitik. Als Gewerbetreibende wie als Kommunalpolitiker ist es uns nicht gleichgültig, wie unsere Städte finanziell handlungsunfähig werden und was mit unserer Infrastruktur passiert („*Harry Voigtsberger: Präventionsmaßnahmen bei Verkehrsinfrastruktur*“, Seite 8).

Für uns Selbständige und Unternehmer/innen hat auch die Bildungspolitik eine große Bedeutung für unsere Zukunft. Wir als AGS haben die Bildungspolitik unseres Landes kritisch und konstruktiv begleitet und werden das auch weiter tun (*Pressemitteilung „Ausbildungskonsens hergestellt“* und *Sören Links Beitrag „Kopfnoten: Freiheit, Verantwortung und Beteiligung für die Schulen*

in NRW“, Seiten 6 - 7). Die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund betrifft uns auch, nicht nur mit Blick auf den Fachkräftemangel, zukünftig noch verschärft durch den demographischen Wandel („*Fachkräfte für morgen – Auftrag für heute*“, Seite 5).

Andere Themen greifen wir auf, weil wir Unternehmer und Sozialdemokraten sind. Und als solche tragen wir auch gesellschaftspolitische Verantwortung. Ob bei der Netzpolitik (*Beitrag in der nächsten Ausgabe*), Prävention („*Prävention im Betrieb*“, Seite 7) oder dem Dioxin-skandal („*Essen nicht um jeden Preis*“, Seite 7). Um Probleme zu lösen, bedarf es der Diskussionsbeiträge aus allen gesellschaftlichen Bereichen.

Wie die AGS, so nimmt auch das Handwerk in Nordrhein-Westfalen nicht nur zu fachspezifischen Fragen Stellung. Das diesjährige Dreikönigstreffen des Handwerks stand unter dem Motto „Mehr als Wirtschaft – Handwerk als Lebensform und Wertekosmos?!“ (*gleichnamiger Beitrag auf Seite 3*).

Wir werden uns auch weiterhin an gesellschaftspolitischen Diskussionen beteiligen, wir mischen uns weiter ein. Im Interesse der Selbständigen. Aber eben nicht nur!



In diesem Sinne: Glück auf!

André Brümmer

AGS-Landesvorsitzender NRW



AUS DEM LANDESVORSTAND

AGSNRW

VORSTAND BEI DER WF DUISBURG

Am 16. Februar tagte der Vorstand der AGSNRW in Duisburg. Gastgeber war die Gesellschaft für Wirtschaftsförderung Duisburg mbH (GfW). Geschäftsführer Ralf Meurer gab zu Beginn der Vorstandssitzung einen ausführlichen Einblick in die Arbeit der GfW.

Duisburg wurde vom Strukturwandel in NRW in besonderem Maße betroffen. Auslöser war die Stahl-

krise: In der Zeit von 1975 bis 1995 ging die Zahl der Beschäftigten in der eisenschaffenden Industrie in Duisburg von fast 70 Tsd. auf unter 5 Tsd. zurück. Die Produktion blieb in dieser Zeit (mit Schwankungen) aber konstant, d. h. die Unternehmen erhöhten ihre Produktivität durch Rationalisierung zu Lasten der Beschäftigten. Weniger Beschäftigte bedeutet für eine Stadt mehr Sozialausgaben und weniger Steuereinnahmen.



Die Krise führte im Jahr 1988 zur Gründung der Gesellschaft für Wirtschaftsförderung Duisburg mbH. Die GfW war das erste Modell einer Wirtschaftsförderung in Deutschland. Ihr Auftrag: Die Verbesserung der räumlichen, sozialen und wirtschaftlichen Struktur der Stadt Duisburg durch Entwicklung und Förderung von Industrie, Gewerbe, Handel und Dienstleistungen auf allen Gebieten sowie die Entwicklung des Arbeitsmarktes.

Diesem Ziel verpflichteten sich 33 Gesellschafter aus unterschiedlichsten Bereichen und Größen. Der Aufsichtsrat ist zu 50 % mit Vertretern aus der Wirtschaft und zu gleichem Anteil mit Vertretern aus Verwaltung und Politik besetzt.

Erste Aufgabe war die Umwandlung von Industrie- in Gewerbeflächen. Dabei setzte man neben Versiegelung der Flächen auch auf Industrieflächenrecycling und Altlastensanierung. Auf diese Weise verwandelte sich Duisburg vom Standort der Montanindustrie zum modernen Produktions- und Dienstleistungsstandort.

Durch attraktive Standorte gelang die Ansiedlung leistungsstarker Unternehmen der Informations-, Kommunikations- und Mikrotechnologie sowie, historisch begünstigt, der Material- und Werkstofftechnologie. Insbesondere der Bereich Logistik wurde ausgebaut. Duisburg ist und bleibt der größte Binnenhafen der Welt.

INHALT

- SEITE 1 / EDITORIAL:
André Brümmer: „AGS – mehr als nur die Interessenvertretung einer Berufsgruppe?“S. 1
- AUS DEM LANDESVORSTAND:
Vorstand bei der Wirtschaftsförderung DuisburgS. 2
Gute Verbindung: AGSNRW trifft HandwerkS. 3
Bericht vom Dreikönigstreffen des NWHTS. 3
- ARBEITSMARKT:
„Mindestlohn sorgt für fairen Wettbewerb“S. 4
„Fachkräfte für morgen – Auftrag für heute“S. 5
- BILDUNG:
PM: „Ausbildungskonsens hergestellt“S. 6
Gastbeitrag von Sören Link zu „Kopfnote“S. 6
- AUS NRW:
Dioxinskandal: „Essen nicht um jeden Preis“S. 7
„Gesunde Mitarbeiter – Erfolgreiche Arbeit“S. 7
Harry Voigtsberger: Konferenz zu Präventionsmaßnahmen bei VerkehrsinfrastrukturS. 8
- AUS HANDEL UND WIRTSCHAFT:
Unternehmerpflichtversicherung bei BGHW entfälltS. 9
Vier Tage für eine HermesdeckungS. 9
- KURZ NOTIERT:
Unsere Kurznachrichten aus der WirtschaftS. 10
- KURZ VOR REDAKTIONSSCHLUSS:
Landeskonferenz der AGS Rheinland-PfalzS. 12
- REDAKTIONSSCHLUSS, TERMINE, IMPRESSUMS. 12

Besonderen Erfolg hatte man bei der Entwicklung des Städtetourismus durch das Angebot des „Urban Entertainments“. Eine neue und attraktive Gebäudearchitektur (z. B. Norman Foster) sind weit mehr als Zweckbauten. Ein Masterplan für die Innenstadt sorgte für eine verlässliche Planungsbasis für Immobilieneigentümer, Projektentwickler, Investoren, Finanziers und Nutzer.

Ein aktuelles Arbeitsfeld der GfW ist die Förderung von Fachkräftepotenzialen, notwendig geworden durch den demografischen Wandel. Darüber hinaus wird durch gesponserte Projekte schon in Kindergärten Interesse an Technik geweckt. Dazu werden z. B. KindergärtnerInnen entsprechend geschult. In-



Geschäftsführer Ralf Meurer

gesamt geht das Arbeitsfeld der GfW weit über das von üblichen WF-Gesellschaften hinaus. Ein Grund für die erfolgreiche Arbeit ist sicher auch die erhebliche Unterstützung durch starke ortsansässige Unternehmen. Insofern hat Duisburg Glück. Aber Glück hat bekanntlich stets der Tüchtige!

GUTE VERBINDUNG: AGSNRW TRIFFT HANDWERK

Im Rahmen der Zusammenarbeit zwischen der AGSNRW und den Organisationen des Handwerks trafen sich am 21.02. Vertreter der beiden Organisationen in der Handwerkskammer Düsseldorf: Dr. Thomas Köster (Hauptgeschäftsführer HWK DD), Josef Zipfel (Hauptgeschäftsführer NWHT), Jörg Bischoff (Kreishandwerkermeister HWK Mühlheim) sowie André Brümmer (Vorsitzender AGSNRW).

Neben der Erörterung von aktuellen, das Handwerk betreffenden Themen wurde vereinbart, dass Herr Kreishandwerkermeister Jörg Bischoff am neuen Arbeitskreis „Handwerk“ der AGSNRW teilnimmt. Die Organisationen des Handwerks wollen auf Anre-

gung der AGS ihre Erwartungen und Forderungen an die Landespolitik formulieren und in diesen AK einbringen.

Ein großer Teil der Mitglieder der AGS kommt aus dem Handwerk. Daraus ergibt sich selbstverständlich, dass sich die AGS weiter politisch für die Belange des Handwerks einsetzen und dazu den Kontakt zu deren Organisationen pflegen wird.

DREIKÖNIGSTREFFEN DES NWHT „MEHR ALS WIRTSCHAFT – HANDWERK ALS LEBENSFORM UND WERTEKOSMOS?!“

Unter diesem Motto stand das diesjährige Dreikönigstreffen des nordrhein-westfälischen Handwerks. Am 13.01. waren die Mitglieder des NWHT-Vorstands und des Nordrhein-Westfälischen Handwerksrates sowie Gäste aus der Landesregierung, dem Landtag und dem öffentlichen Leben nach Düsseldorf zu dieser traditionellen Veranstaltung eingeladen.

Die gute Zusammenarbeit zwischen der Handwerkskammer Düsseldorf und dem NWHT einerseits und der AGSNRW andererseits führte dazu, dass André Brümmer in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der AGSNRW erstmals zu den Gästen gehörte.



Josef Zipfel (Hauptgeschäftsführer NWHT, r.) und André Brümmer (Vorsitzender AGSNRW, l.) beim Dreikönigstreffen

Gastgeber des Dreikönigstreffens war die WGZ-Bank in Düsseldorf. Professor Wolfgang Schulhoff, Präsident des NWHT und der HWK DD, sprach zur Begrüßung über die positive Wirtschaftsentwicklung

in Deutschland nach der Finanzkrise. Er betonte die Rolle der sozialen Marktwirtschaft als eine Ursache dafür. Diese Wirtschaftsordnung passe „geradezu in idealer Weise zum Selbstverständnis unseres Wirtschaftszweigs (dem Handwerk, d. Red.).“ Das Handwerk passe als Modell „gegen die weitverbreitete Verantwortungslosigkeit.“ Bestätigt wurde diese These auch in anderen Beiträgen einer hochkarätig besetzten Podiumsrunde. Moderator war Dr. Günther Nonnenmacher, Herausgeber der FAZ.

Traditionell wird zur Veranstaltung auch ein besonderer Gast eingeladen. Im vorigen Jahr sprach Dr. Kurt Biedenkopf zum Thema „Chance Handwerk“, in diesem Jahr hielt Bundesminister Dr. Norbert Röttgen MdB die Festrede zum Thema „Die Erneuerung der sozialen Marktwirtschaft als Programm für Nordrhein-Westfalen“.

Dr. Röttgen erklärte die laufende Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft zur Daueraufgabe der Politik, auch in NRW. Es gelte, die nationale staatliche Ordnung mit der globalen Wirtschaft zusammenzuführen. Antwort auf die Globalisierung sei die europäische Integration.

(Anmerkung: Dr. Röttgens Erkenntnis, die Wirtschaft habe den Menschen zu dienen, muss man zustimmen. Diesem Grundsatz der sozialen Marktwirtschaft sollte von ihm und von allen Mitgliedern der Bundesregierung sowie der CDU und FDP in Nordrhein-Westfalen im politischen Alltag nicht nur durch Bekenntnisse, sondern auch durch Taten gefolgt werden.)

Die Bildungspolitik benannte Dr. Röttgen als Thema Nr. 1: Schule müsse Vielfalt sein und kein 08/15-System. *(Anmerkung: Bisher hielt die NRWCDU an dem alten 08/15-System strikt fest.)*

Weiterhin forderte er in seinem Vortrag auch solide Staatsfinanzen. *(Anmerkung: Diese Forderung hätte er beizeiten an seinen Parteifreund, Ex-NRW-Finanzminister Linsen mit dessen Haushalten der Tricks, Unterdeckungen und Täuschungen richten sollen.)*

Insgesamt war die Festrede von Dr. Röttgen rhetorisch gewohnt gut. Aber: Welchen konkreten programmatischen Beitrag zur Erneuerung der sozialen Marktwirtschaft will die NRWCDU unter Dr. Röttgen leisten? Diese Frage blieb leider offen. <

ARBEITSMARKT (I)

RESOLUTION DER AGS:

MINDESTLOHN SORGT FÜR FAIREN WETTBEWERB

(24.02.11 / Bad Kreuznach) „Die schwarzgelbe Bundesregierung hat es erneut versäumt, für einen fairen Wettbewerb zwischen den Unternehmen zu sorgen“, betonten die Landesvorsitzenden der SPD-Mittelstandsvereinigung aus Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und dem Saarland.

Am Rande der rheinland-pfälzischen Landeskonzferenz in Bad Kreuznach diskutierte die Mittelstandsvereinigung der SPD die Auswirkungen der Öffnung des deutschen Arbeitsmarktes für osteuropäische EU-Bürger auf die einheimische Wirtschaft. Scharf kritisiert wurde hierbei die Haltung der Bundesregierung bei den Verhandlungen über Hartz IV. Diese hatte sich geweigert, einen flächendeckenden Mindestlohn einzuführen. Unternehmen, die anständige Löhne für gute Arbeit zahlen, gehörten unterstützt, fordern die Landesvorsitzenden der SPD-Mittelstandsvereinigung unisono. „Hiermit hätte man ein wirtschaftspolitisches Ausrufezeichen setzen können“.

Ab Mai 2011 greift die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit in der Europäischen Union mit der Folge, dass alle Menschen aus den neuen Mitgliedstaaten die Freiheit haben, in jedem Land der Europäischen Union mit gleichen Rechten und Pflichten zu leben und zu arbeiten. Dabei drohe ein Wettbewerbsnachteil für einheimische Unternehmen, aber auch eine Lohnspirale nach unten für die Beschäftigten, so die Landesvorsitzenden der AGS. Gerade im Handwerk und im Dienstleistungsbereich werde ohne Mindestlöhne der Kostendruck auf die Unternehmen massiv zunehmen. „Eine verantwortungsvolle Wirtschaftspolitik hat insbesondere bei diesen Unternehmen, die einen wichtigen Beitrag bei der Ausbildung junger Menschen leisten, klare und verbindliche Rahmenbedingungen zu schaffen“, forderte der NRW-Landesvorsitzende André Brümmer. Dazu gehört auch ein flächendeckender Mindestlohn. <

ARBEITSMARKT (II)

FACHFORUM DER IHK AACHEN

„FACHKRÄFTE FÜR MORGEN – AUFTRAG FÜR HEUTE“

Unter diesem Motto fand am 25. Januar ein Fachforum der IHK Aachen statt: „Unsere Gesellschaft altert – gute Mitarbeiter werden knapp: Schon in zehn Jahren wird die Zahl der Älteren, die aus dem Arbeitsmarkt ausscheiden, um 75 % höher sein als die Zahl junger Menschen, die in das Berufsleben eintreten. Im internationalen Vergleich mit anderen Industrieländern schneidet Deutschland dabei nach Angaben der OECD besonders schlecht ab.“

Bereits jetzt hat jedes zweite Unternehmen Probleme mit der Besetzung offener Stellen. In nur 20 Jahren rechnen Experten damit, dass über 5 Mio. Fachkräfte in Deutschland fehlen werden. Liegen die Lösungsansätze für Deutschland in einer gesteuerten Zuwanderung, einer verbesserten Integration und Bildung für Migranten? Welche Strategien verfolgen Unternehmen, um sich auf die Herausforderungen der Zukunft vorzubereiten? Wie erschließen wir die Bildungspotenziale der Studienabbrecher? Und welche Strategien müssen wir entwickeln, um junge Menschen für eine Ausbildung in Deutschland zu gewinnen?

Die Veranstaltung richtete sich in erster Linie an Personalverantwortliche in Betrieben und an Vertreter der Berufsbildenden Schulen. Zur Eröffnung begrüßte Herr Jürgen Drewes, Hauptgeschäftsführer der IHK Aachen, die Gäste. Mit dem Überangebot von Arbeitskräften in der Vergangenheit sei es vorbei, mahnte Drewes. Als überfällig bezeichnete er das Ziehen von Konsequenzen aus dem demografischen Wandel für die Wirtschaft. Als Konzept für unsere Region nannte Drewes:

- *Studenten sollen nach ihrem Studium in der Region gehalten werden*
- *Um Studienabbrecher soll sich intensiv gekümmert werden*

- *Der Umgang mit Mitarbeitern sollte verbessert werden*
- *Die Weiterbildung von Mitarbeitern sollte ermöglicht und gefördert werden*
- *(Nach-) Qualifikation von Migranten*
- *Mehr Ausbildung in den Betrieben*

Dr. Gunilla Fincke, Geschäftsführerin des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration, gab einen Überblick über die Situation von Migranten in der Wirtschaft. Dr. Fincke benannte Bildungsprobleme und forderte Zuwanderung als nötig zur Aufrechterhaltung des umlagefinanzierten Wohlfahrtsstaates. Zur Zeit sei bei Fachkräften mehr Ab- als Zuwanderung feststellbar. Als Beitrag zur Lösung von Zukunftsproblemen auf dem Arbeitsmarkt forderte sie wie auch andere Teilnehmer des Forums:

- *Schneller ausbilden*
- *Frauen nach Schwangerschaften die Rückkehr in den Arbeitsmarkt erleichtern*
- *flexiblere Teilzeitarbeit anbieten*
- *Kinderbetreuung verbessern*
- *älteren Menschen eine Teilhabe am Arbeitsmarkt ermöglichen.*

Bei der Anwerbung von ausländischen Fachkräften sei soziale Hilfe (Wohnungssuche, Schulanmeldungen, Hilfe bei Behördengängen etc.) sinnvoll.

Heinz Gehlen, IHK-Geschäftsführer und zuständig im Bereich Bildung, mahnte, Teilzeitausbildung anzubieten. Er bemängelte, dass etwa 10-15 % der Schulabgänger nicht ausbildungsfähig seien. Es müsse deshalb mehr Spaß am Lernen geschaffen werden. Dazu seien qualifizierte und motivierte Lehrer notwendig. Kritik äußerte er an der „Projektitis“ in der Bildung als Folge des Föderalismus in der Bildungspolitik.

Wir folgten der Einladung zu dieser interessanten Veranstaltung, weil wir als AGSNRW auch das Thema Migration und Fachkräftemangel durch demografischen Wandel begleiten. <

Nach Redaktionsschluss fand dazu auch eine Veranstaltung der AGS/SPD Regio Aachen in der HWK Aachen unter dem Motto „Anerkennung handwerklicher Berufsqualifikationen aus dem Ausland“ statt. Ein Bericht folgt in der nächsten Ausgabe.

BILDUNG

PRESEMITTEILUNG DER AGSNRW VOM 10.02. AUSBILDUNGSKONSENS HERGESTELLT

„Kein Jugendlicher darf uns verloren gehen“ – das ist das Anliegen von Hannelore Kraft und der NRW-Landesregierung.

Im „Ausbildungskonsens“ mit Spitzenvertretern aus Wirtschaft, Ausbildungsverwaltung, Gewerkschaften, Kommunen und der rot-grünen Landesregierung wurden heute Entschlüsse gefasst, um junge Leute aus jahrelangen, unsinnigen „Warteschleifen“ zu holen und sie vor Jugendarbeitslosigkeit zu bewahren. Es soll der Übergang von Schule zu Beruf verbessert werden. Die bisherige Praxis war teuer und ineffizient. Sie nützte weder den Jugendlichen, noch der Wirtschaft.

Die AGS begrüßt ausdrücklich die geplanten Maßnahmen! Eine bessere Berufsorientierung kann helfen, junge Menschen ohne unnötige Umwege gezielt in Ausbildung zu bringen. Das ist ein wichtiger Beitrag der SPD zum Fachkräftemangel in Handwerk und Gewerbe, insbesondere unter Berücksichtigung der zu erwartenden Probleme durch den demografischen Wandel.

Weitere Informationen:

- [Gemeinsame Erklärung von Heike Gebhard \(stv. Fraktionsvorsitzende der NRWSPD\) und Renate Hendricks](#)

KOPFNOTEN

BEITRAG VON SÖREN LINK, SPRECHER DES AUSSCHUSSES FÜR SCHULE UND WEITERBILDUNG

Freiheit, Verantwortung und Beteiligung für die Schulen in NRW – schon zum Halbjahreszeugnis 2010/2011 entfallen die Kopfnoten.



Sören Link MdL

Mit den Leitgedanken „Freiheit“, „Verantwortung“ und „Beteiligung“ hat die rot-grüne Landesregierung ihre schulpolitische Arbeit aufgenommen und in einem ersten Schritt im Rahmen eines Sofortprogramms eine Reihe falscher Weichenstellungen der vergangenen Jahre für die Schulen in NRW korrigiert.

Unter anderem wurde durch das noch im Dezember 2010 beschlossene 4. Schulrechtsänderungsgesetz das Ende der Kopfnoten in Nordrhein-Westfalen eingeläutet. Zeugnisse und Schullaufbahnbescheinigungen weisen damit ab sofort keine Ziffernoten

zum Arbeits- und Sozialverhalten – sogenannte „Kopfnoten“ mehr aus. Diese Regelung gilt bereits für die Halbjahreszeugnisse des laufenden Schuljahres 2010/2011 und auch für die Schullaufbahnbescheinigungen der Jahrgangsstufe 13.

Getreu dem rot-grünen Grundsatz: Die Eigenverantwortung der Schulen vor Ort zu stärken, kann es aber auch künftig Aussagen zum Arbeits- und Sozialverhalten in Zeugnissen und Schullaufbahnbescheinigungen geben, wenn die Schulen dies wollen. Hierzu muss die Schulkonferenz sich grundsätzlich für die Benotung des Sozialverhaltens aussprechen und vorher Grundsätze zu einer einheitlichen Handhabung der Aussagen aufstellen. Das Schulministerium erarbeitet derzeit mit Experten aus Wissenschaft und Schulpraxis Rahmenbedingungen hierfür, damit es vergleichbare und praktikable Lösungen an den Schulen vor Ort gibt.

Das bisherige System der Ziffernoten hatte sich in der Praxis aus verschiedenen Gründen als untaugliches Instrument erwiesen, das vielfach nur Aussagekraft für Eltern und künftige Arbeitgeber vortäuschte. Bislang wurden gleiche Sachverhalte an den verschiedenen Schulen vollkommen unterschiedlich er-

BILDUNG

fasst und durch Kopfnoten in Zahlen gepresst. Von objektiver Vergleichbarkeit keine Spur!

An vielen Schulen einigte man sich bereits kurz nach Einführung der Kopfnoten auf eine einheitliche Notenvergabe für alle Schüler – meist im oberen Notenspektrum. Nur bei eklatanten Abweichungen und Fehlverhalten wurde die Note nach unten korrigiert. Der Individualität des einzelnen Kindes konnten solche Ziffernoten naturgemäß nie gerecht werden. Künftig wird es möglich sein, durch individuelle Benotungen in Textform Eigenschaften der Schülerinnen und Schülern, wie Zuverlässigkeit oder die Bereitschaft, Leistung zu zeigen, gerechter zu fassen. Die Aussagekraft für die Adressaten (Eltern, Schülerinnen und Schüler selber, aber auch für Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber) wird hierdurch ungleich größer als durch das alte System der Ziffernoten, das nur Pseudovergleichbarkeit produzierte und den Betrieben vor Ort kaum wirklich half.

Fazit: Schulen als ein Ort gesellschaftlicher Teilhabe wird durch die gestiegene Entscheidungskompetenz gestärkt, ein unsinniges Instrument wird mit den Ziffernoten abgeschafft und ein aussagekräftiges Rückmeldesystem geschaffen. Zusammen mit den weiteren Akteuren in der regionalen Bildungslandschaft vor Ort werden die Schulen im besten Interesse Ihrer Schüler den neuen Gestaltungsspielraum verantwortungsvoll nutzen. <

Dazu ein Kommentar von André Brümmer:

„Die Stellungnahme von Sören Link klärt nicht, warum man nicht gemäß Koalitionsvertrag einen verbindlichen Ersatz für die Vergabe von Kopfnoten beschlossen hat. Ob die Schulen im besten Interesse Ihrer Schüler den neuen Gestaltungsspielraum verantwortungsvoll nutzen, bleibt abzuwarten. Hoffen wir das Beste! Wir werden nach angemessener Zeit darauf drängen, dass die Auswirkungen der Schulrechtsänderung überprüft und ggf. korrigiert werden.“ <

Aus NRW

DIOXINSKANDAL

„ESSEN NICHT UM JEDEN PREIS“

Im vorwärts (2/2011) hält André Stinka MdL, Umweltpolitischer Sprecher der NRWSPD-Landtagsfraktion und stellv. Vorsitzender der AGSNRW, ein Plädoyer gegen das Prinzip des „immer billiger“ und für „bessere Lebensmittel“.

In unserem Land ist im Gegensatz zu unseren Nachbarn in Belgien und Frankreich die „Ess-Kultur“ leider nicht sehr ausgeprägt. Nach dem Motto: „Der Markt folgt der Nachfrage“ müssen wir beklagen, dass kriminelles Profitstreben und die unzureichende gesetzliche Ahndung von damit verbundenen Delikten zu immer neuen Lebensmittel-Skandalen führt. Vor allem große Handelsketten stehen unter Preiswettbewerbsdruck und sind anfällig für „günstige“ Angebote der Agrarindustrie.

Es wird Zeit, dass Kleinanbieter besser dabei unterstützt werden, ihre regionalen Märkte mit guten Waren zu beliefern. Das heißt für die Politik: Weg von der Förderung industrieller Groß-Betriebe. Brüssel und Berlin sind hier gefordert. Aber ob Frau Aigner dazu den Mut hat? <

Weitere Informationen:

> [vorwärts-Ausgabe 2/2011](#) (PDF, dort auf Seite 2)

PRÄVENTION IM BETRIEB

GESUNDE MITARBEITER – ERFOLGREICHE ARBEIT

Gerade für kleinere Betriebe ist die Gesundheit der Mitarbeiter von großer Bedeutung. Längere Ausfallzeiten, z.B. durch Gelenkschäden oder Burnout und andere Stress-Folgen können Existenz gefährdend für kleine Unternehmen sein.

Bei Arbeitnehmern sind gesundheitliche Schäden vorprogrammiert, wenn sie über längere Zeit unter Zeitdruck stehen, körperlicher Überlastung ausge-

setzt sind oder zu hohe Verantwortung aufgebürdet bekommen. Gezielter Arbeitseinsatz, unter Berücksichtigung z. B. des Alters und der Leistungsfähigkeit erhalten dem Betrieb gesunde und zufriedene Mitarbeiter. Beratung bei betrieblichen Präventionsmaßnahmen erhält man bei den Kammern und den Berufsgenossenschaften.

Prävention rechnet sich! Gesundheit bedeutet Leistungsfähigkeit! Aber nicht nur der wirtschaftliche Aspekt ist von Bedeutung: Arbeitgeber tragen auch soziale Verantwortung für die Mitarbeiter. Prävention kommt Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu Gute!

Wir werden als AGS dieses Thema weiter verfolgen. Wer von unseren Leser/Innen Beiträge dazu leisten möchte: Bitte melden! <

PRÄVENTIONSMASSNAHMEN BEI VERKEHRSMITTELN KONFERENZ MIT NRW-VERKEHRSMINISTER HARRY VOIGTSBERGER IM LANDTAG

Dieser Winter hat erhebliche Auswirkungen auf die Verkehrssysteme in unserem Land. Damit diese Folgen in Zukunft abgemildert werden, trafen sich Fachleute der Verkehrssysteme Straße, Bahn und Luftfahrt im Verkehrsministerium in Düsseldorf – nach dem Motto „Vorbeugen ist besser (und billiger) als heilen“.

Dort einigte man sich auf Präventionsmaßnahmen, die in einem 11-Punkte-Programm zusammengefasst wurden:

1. Mehr Finanzmittel für Bahn und Schienenpersonennahverkehr
2. Nachrüstung und bessere Wartung von Weichen und Zügen
3. Angepasste Fahrpläne nach dem Motto „zuverlässig geht vor schnell“
4. Bessere Informationen und Sicherstellung des Fahrbetriebs
5. Landesweite Mobilitätsgarantie bekannter machen
6. Dezentral gelagerte nationale Streusalzreserve
7. Sonderrechte für Räumfahrzeuge
8. Lkw-Fahrverbote nur als letzte Möglichkeit

9. Schlaglöcher ausbessern, Straßensubstanz erhalten
10. Mehr Vorbereitung und Kooperation bei Airports und Airlines
11. Bessere Bevorratung von Enteisungsmitteln an Flughäfen, zeitnahe Kundeninformation

Besonders ärgerlich sind die teilweise vermeidbaren Verspätungen bei der Bahn. Geschäftstermine sind im Winter kaum noch planbar. Der Grund für viele Probleme: Entzug von Finanzmitteln der Bahn durch die Bundesregierung führen zu Wartungsmängeln und Defiziten beim Streckenausbau.



Harry K. Voigtsberger,
Minister für Wirtschaft, Energie, Bauen,
Wohnen und Verkehr

Hierzu Harry Voigtsberger: „Die Sonderkonferenz der Verkehrsminister am 10. Januar 2011 hat einstimmig festgestellt, dass die Störungen bei der Bahn strukturell bedingt sind.“ Und weiter: „Da ist es einfach widersinnig, wenn Bundesverkehrsminister Ramsauer die Bahn in struktureller Finanznot sieht, aber auf den 500 Millionen Euro beharrt. Die häufige Berufung auf höhere Gewalt muss klaren Regelungen weichen“, so Voigtsberger. „Bei der landesweiten Mobilitätsgarantie im Nahverkehr dagegen weiß der Kunde auch bei Schnee und Eis, woran er ist.“



Jochen Ott Mdl

Prävention ist gerade in Zeiten knapper Kassen besonders wichtig. Dazu Jochen Ott Mdl, Verkehrspolitischer Sprecher der NRWSPD-Landtagsfraktion:

„Die Entscheidung der rot-grünen Landesregierung, dem Straßenerhalt Vorrang vor dem Neubau von Straßen zu gewähren, war richtig. Dies zeigt sich ganz besonders in den nach diesem Winter offensichtlich zu Tage getretenen massiven Straßenschäden. Dabei ist Grundsanie rung immer besser als Flickschusterei.“

Harry Voigtsberger verabredete mit den Teilnehmern der Konferenz weitere Treffen zur „Fortsetzung der konstruktiven Zusammenarbeit.“ <

Bildnachweis H. Voigtsberger: NRW.de / Ralph Sondermann

AUS HANDEL UND WIRTSCHAFT

HANDEL

UNTERNEHMERPFLICHTVERSICHERUNG BEI DER BGHW ENTFÄLLT

Zum 1. Januar 2011 ist die Pflichtversicherung der Unternehmer bei der Berufsgenossenschaft Handel und Warendistribution (BGHW) entfallen.

Dies bedeutet, dass für Unternehmer, die ein Einzelhandelsunternehmen neu gründen, nicht mehr automatisch Versicherungsschutz besteht. Sie und ihre ohne Arbeitsvertrag mitarbeitenden Ehepartner können jedoch eine freiwillige Versicherung abschließen. Für bereits vor dem 1. Januar 2011 gegründete Einzelhandelsunternehmen besteht die Pflichtversicherung der Unternehmer zunächst fort.

Sie können sich jedoch auf schriftlichen Antrag von dieser Pflichtversicherung befreien lassen. Nach der Satzung der BGHW wird die Befreiung mit Ablauf des Monats wirksam, in dem der schriftliche Antrag bei der BGHW eingegangen ist.

Der Pflichtversicherungsschutz für Arbeitnehmer wird von den Änderungen der Satzungsvorschriften nicht erfasst. Er besteht unverändert fort. <

Quelle: „Wirtschaftliche Nachrichten“ der IHK, Ausgabe 2/12011

Weitere Informationen:

> <http://www.bghw.de/versicherung>

SCHNELLVERFAHREN FÜR DEN MITTELSTAND VIER TAGE FÜR EINE HERMESDECKUNG

Die Übernahme von Exportkreditgarantien des Bundes, den so genannten Hermesdeckungen, für die Finanzierung von kleineren Exportgeschäften wird in Zukunft deutlich beschleunigt. Das neu eingeführte Schnellverfahren wird insbesondere die Finanzierung von Geschäften in der mittelständischen Exportwirtschaft erleichtern.

Der Bundesminister für Wirtschaft und Technologie, Rainer Brüderle: „Wir haben nach pragmatischen

und effektiven Wegen gesucht, um den Zugang zu Exportkreditgarantien für kleinere Geschäfte weiter zu vereinfachen. Das Ergebnis ist das Schnellverfahren: In nur vier Tagen kann jetzt eine Entscheidung fallen. Gerade der Mittelstand kann seine Exportgeschäfte so in Zukunft besser und schneller planen. Die sichere Finanzierung solcher Geschäfte ist insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen von enormer Bedeutung.“

Mit der Finanzkreditdeckung „express“ können Kreditinstitute, die einfach strukturierte Exportgeschäfte mit einem Auftragsvolumen von bis zu 5 Mio. Euro durch einen Bestellerkredit finanzieren, zukünftig innerhalb von vier Bankarbeitstagen mit der Entscheidung über eine Absicherung rechnen.

Die Exportfinanzierungen müssen hierbei bestimmte Standards erfüllen. So darf beispielsweise die Kreditlaufzeit von fünf Jahren nicht überschritten werden. Voraussetzung ist ferner der Abschluss einer Rahmenvereinbarung zwischen dem Bund und dem jeweiligen Kreditinstitut. Diese Vereinbarung regelt neben den Anwendungsfällen die einzelnen Verfahrensschritte und Pflichten der Kreditinstitute. Mit Exportkreditgarantien des Bundes können deutsche Unternehmen ihre Exportgeschäfte gegen einen Forderungsausfall absichern. Kreditinstitute, die deutsche Exporte durch einen Kredit an den ausländischen Besteller finanzieren, können ebenfalls eine staatliche Absicherung erhalten. Brüderle: „Wir passen die so genannten Hermesdeckungen kontinuierlich an die Situation am Markt an, um insbesondere den Bedürfnissen des Mittelstands gerecht zu werden. Das neue Schnellverfahren reiht sich nahtlos in diesen Maßnahmenkatalog ein.“

Das Schnellverfahren wird zum 17. Januar 2011 parallel zu den bestehenden Antragsmöglichkeiten eingeführt und steht allen Banken offen, die deutschen Export finanzieren und bisher schon Finanzkreditdeckungen nutzen konnten.

Nähere Informationen zu dem Verfahren finden Sie auf der [Internetseite der Exportkreditgarantien des Bundes](#) (BMWi). <

◀ KURZ NOTIERT ▶

(u.a. mit Material von <http://www.mittelstanddirekt.de>)

◀ WIRTSCHAFT ▶

Bundesrechnungshof will Handwerkerbonus abschaffen

Nach Ansicht des Bundesrechnungshofes geht dem Fiskus zu viel Geld dadurch verloren, dass er Handwerksarbeiten in Privathaushalten subventioniert. Deshalb fordere der Bundesrechnungshof die Bundesregierung auf, den so genannten Handwerkerbonus wieder abzuschaffen, schreibt das Handelsblatt.

Zu hohe Einnahmeausfälle verzeichnet

Demnach erreicht die Subvention laut Bundesrechnungshof nicht das Ziel, kleine Unternehmen zu fördern und die Schwarzarbeit zurückzudrängen. Nach Angaben der Rechnungsprüfer habe die Subvention die Steuereinnahmen 2008 um rund eine Milliarde Euro gemindert. Für 2010 rechne das Bundesfinanzministerium mit Ausfällen von vier Milliarden Euro. Die Kritik des Bundesrechnungshofes: Der Staat zahle in mehr als 70 Prozent der Fälle für Arbeiten, die ohnehin legal erledigt worden wären. Die Subvention fließe etwa in Rechnungen für Schornsteinfeger und für Wartungsarbeiten an Heizungen und Aufzügen. Diese Arbeiten seien unvermeidbar – und auch vor der Einführung des Handwerkerbonus nie schwarz erledigt worden. Außerdem sei die Kontrolle der eingereichten Rechnungen schwer, da das neue maschinelle Prüfverfahren erst ab bestimmten Wertgrenzen alarmiere. Diese Grenze werde bei einer Steuerermäßigung von 133 Euro pro Fall offenbar nicht erreicht. Jede dritte Steuererklärung enthalte Handwerker-Rechnungen. Keine Einwände habe der Bundesrechnungshof gegen Beschäftigungsverhältnisse wie legal beschäftigte Putzhilfen und Babysitter – sie führten kaum zu Einnahmeausfällen.

>>> mehr

Gesetzliche Frauenquote vorerst gestoppt

Kanzlerin Angela Merkel lehnt die Pläne einer verpflichtenden Frauenquote ab. Stattdessen sollen die Konzerne den Frauenanteil in den Führungsetagen freiwillig erhöhen. Wie das Magazin Impulse berichtet, habe Merkel damit die Einführung einer gesetzli-

chen Frauenquote gestoppt, die Arbeitsministerin Ursula von der Leyen vorgeschlagen hatte. Die Kanzlerin favorisiere das Modell von Familienministerin Kristina Schröder, die sich für eine freiwillige Lösung ausgesprochen hatte. Einigkeit herrsche darüber, dass es zu wenige Frauen in den Führungsspitzen der Wirtschaft gebe.

Stufenplan bis 2018 denkbar

Als Kompromiss könnte sich ein Stufenplan herauschälen, nach dem Unternehmen bis Ende 2013 Zeit haben, freiwillig 30 Prozent der Spitzenpositionen mit Frauen zu besetzen. Ab 2014 solle dann eine gesetzliche Vorgabe greifen, dass das 30-Prozent-Ziel bis 2018 erreicht sein muss.

>>> mehr

◀ UNTERNEHMEN ▶

Studie: Aussicht auf Schuldenfreiheit begünstigt Existenzgründungen

Überschuldete Deutsche können nach einer sechsjährigen „Wohlverhaltensphase“ neu starten. Das scheint die Selbständigkeit attraktiver zu machen. Nach einer aktuellen Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) wagen seit 1999 mehr Menschen mit vergleichsweise geringem Vermögen den Schritt in die Selbständigkeit. Der Grund dafür könnte laut DIW darin liegen, dass die Möglichkeit des Neustarts Unternehmensgründungen erleichtert. Diese Möglichkeit sei in der Insolvenzordnung festgelegt, die 1999 eingeführt worden sei. Die Gestaltung des Insolvenzrechts sei für Selbständige besonders wichtig, da die Eigentümer persönlich für Schulden haften: Eine mögliche Restschuldbefreiung könne die Risiken aus Sicht der Gründer begrenzen.

Weniger Risiko wichtiger als hohes Startkapital

Dem DIW zufolge wirkt die Insolvenzordnung deshalb wie eine staatliche Versicherung, die das Risiko der Selbständigkeit begrenzt. Andererseits bedeute eine Restschuldbefreiung, dass die Gläubiger auf einem Teil ihrer Forderungen sitzenbleiben. Die Folge: Banken kompensierten das höhere Risiko durch

◀ KURZ NOTIERT ▶

(u.a. mit Material von <http://www.mittelstanddirekt.de>)

höhere Kreditzinsen oder eine eingeschränkte Kreditvergabe. Das könne theoretisch den Schritt in die Selbständigkeit erschweren. Als Datengrundlage diente das sozio-ökonomische Panel, für das regelmäßig mehr als 20.000 Menschen in rund 11.000 deutschen Haushalten befragt werden. Die vorliegende Untersuchung habe sich auf den Zeitraum von 1993 bis 2004 konzentriert, also je sechs Jahre vor und nach Einführung der Insolvenzordnung.

>>> mehr

◀ VERSICHERUNGEN ▶

Freiwillige Arbeitslosenversicherung:

ca. 70 € ab 2012

2010 lagen die monatlichen Beiträge der freiwilligen Arbeitslosenversicherung für Selbständige unter 20 Euro. Bis 2012 vervierfachen sich die Beiträge. Selbständige können ihr Sonderkündigungsrecht bis Ende März 2011 nutzen. Durch die Beschlüsse im Beschäftigungschancen-Gesetz zahlen Selbständige ab 2012 die Beiträge, die auch ein durchschnittlich verdienender Arbeitnehmer zahlt. Die Beiträge steigen, weil bei der Berechnung nicht mehr 25 %, sondern 100 % der so genannten monatlichen Bezugsgröße zugrunde gelegt werden.

Sonderkündigungsrecht bis Ende März 2011

Für das Jahr 2011 gilt eine Übergangsregelung, in der Versicherte nur die Hälfte der neuen regulären Beitragssätze zahlen: Selbständige entrichten 2011 einen Monatsbeitrag von rund 38,33 Euro in den alten Bundesländern und rund 33,60 Euro pro Monat in den neuen Bundesländern. Ab 2012 kostet die Versicherung voraussichtlich 76,65 Euro bzw. 67,20 Euro pro Monat. Existenzgründer zahlen bis zum Ablauf des ersten Kalenderjahres nach ihrer Gründung generell nur den halben Beitrag. Alle Versicherten können sich angesichts der geänderten Konditionen entscheiden, ob sie sich freiwillig weiterversichern oder aussteigen. Sie genießen ein Sonderkündigungsrecht bis zum 31. März 2011. Des Weiteren gilt: Wer die Versicherung abschließt, kann sie erst nach fünf Jahren wieder kündigen – mit einer Kündigungsfrist

von drei Monaten. Ansonsten endet der Versicherungsschutz automatisch, wenn der Versicherte mit drei Monatsbeiträgen im Rückstand ist.

>>> mehr

◀ INTERNET ▶

Die 3 größten Risiken beim Social-Media-Marketing

Facebook, Twitter und Co. bieten Unternehmen viele Chancen. Jedoch birgt das Marketing mit Social-Media-Plattformen auch Gefahren. Wie das Portal internetworld.de berichtet, stelle die Studie „Next Corporate Communication“ der Hochschule St. Gallen die Befürchtungen der Unternehmen beim Einsatz von Social Media heraus. Dazu seien mehr als 100 Einzelinterviews mit Unternehmensvertretern, Dienstleistern und Wissenschaftlern geführt worden. Basierend auf den Untersuchungsergebnissen habe die Managementberatung Mücke, Sturm & Company die 3 größten Sünden bzw. Sorgen der Firmen beim Engagement in sozialen Netzwerken analysiert:

1. Feedback bleibt ungenutzt

Die Informationen aus Social-Media-Applikationen werden nicht ausreichend verarbeitet. Der Grund: Marketingabteilungen sind nicht darauf ausgerichtet oder personell nicht ausreichend ausgestattet. So ist die Arbeit der Mitarbeiter umsonst.

2. Verzerrte Außendarstellung

Nur durch Social-Media-Richtlinien wissen Mitarbeiter, welche Informationen sie in welcher Form nach außen tragen sollen. Ansonsten droht ein Szenario, bei dem die Meinungen und Aussagen der Mitarbeiter der Unternehmenskommunikation widersprechen – und zu kontraproduktiven Effekten führen.

3. Kontrollverlust

Social Media unterliegt einer bestimmten Eigendynamik. Deshalb müssen Unternehmen befürchten, dass sich Kommunikationsinhalte kaum noch steuern lassen. So können sich Informationen im schlechtesten Fall rasch verbreiten und das Image des Unternehmens beschädigen. Unternehmen sollten deshalb Kontrollmechanismen installieren.

>>> mehr

LANDESKONFERENZ DER AGS RHEINLAND-PFALZ KURT BECK WAR DABEI – DIE AGSNRW AUCH!

Der „Neue“ ist und bleibt der „Alte“: Die Führung der AGS in unserem Nachbarland bleibt in den bewährten Händen von Bernhard Kimmle. Die Landeskongress beschloss auf ihrer Sitzung am 21.02. in Bad Kreuznach einstimmig seine Wiederwahl. VertreterIn ist / sind Dr. Birgit Nolte-Schuster, Harald Weis und Dr. Günther Zimmer.

Da die Landesverbände NRW und Rheinland-Pfalz traditionell gute Kontakte zueinander halten, besuchte der Landesvorsitzende der AGSNRW, André Brümmer, seinen Kollegen und konnte dem frisch gewählten Team Glückwünsche aus NRW ausrichten. Die anwesenden Vertreter der AGS-Landesverbände aus Baden-Württemberg, dem Saarland, Rheinland-Pfalz und NRW beschlossen auf dieser Konferenz eine Resolution zum aktuellen Thema „Mindestlöhne und Freizügigkeit der Berufsausübung“ (s. S. 4).



Ein interessanter Programmpunkt war – neben den Wahlen – der Besuch des Ministerpräsidenten und Landesvorsitzenden von Rheinland-Pfalz, Kurt Beck, und seinem Wirtschaftsminister Hendrik Hering.

Unter dem Motto „Wirtschaft stärken – Beschäftigung ausbauen“ diskutierten und referierten beide darüber, wie sie ein gutes Wirtschaftsklima in Rheinland-Pfalz bewahren, ausbauen und weiterentwickeln wollen. Beck sagte, das Land sei gut durch die Wirtschaftskrise gekommen, weil die Landesregie-

rung keine „Wirtschaftspolitik nach Lehrbuch“ mache sondern dem Mittelstand unkonventionell helfe. In einem Mittelstands-Förderungsgesetz soll die Vergabe von öffentlichen Aufträgen nur noch im Ausnahmefall an Generalunternehmer möglich sein. Wirtschaftsminister Hering betonte die notwendige Verknüpfung von Gewerbe und Wissenschaft. Schule und Beruf müssen gleichwertige Zugänge zum Studium werden.



Die Vorträge und die anschließende Diskussion zeigten deutlich, dass Rheinland-Pfalz auch wirtschaftspolitisch in guten Händen ist. Sowohl der Ministerpräsident als auch der Wirtschaftsminister sind „Kümmerer“, was von den Besuchern der Konferenz mehrfach bestätigt wurde. Der Besuch der AGS-Landeskonferenz durch beide Politiker weist ebenso auf das hohe Ansehen und die Anerkennung der guten Arbeit der AGS-Kolleginnen und Kollegen hin.

Die Landesregierung Rheinland-Pfalz hat erkannt: Wahlen werden in der Mitte unserer Gesellschaft gewonnen. Mit der Verknüpfung von sozialer und wirtschaftlicher Kompetenz. <

TERMINE

Alle ausführlichen Veranstaltungshinweise:

> www.ags-in-nrw.de/termine.htm

Bis zur nächsten Ausgabe

André Brümmer

AGS-Landesvorsitzender NRW

Redaktionsschluss für die März-Ausgabe der
AGS:NACHRICHTEN ist der 21.03.2011.